

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHT

*
*

AUSSENPOLITIK

ASIEN

(1)

Japanisch-chinesischer Schulbuchstreit geht weiter

Angesichts der noch immer fehlenden Bereitschaft des japanischen Erziehungsministeriums, die von China kritisierten Textrevisionen in Schulbüchern zur Geschichte und Gemeinschaftskunde (vgl. C.a., Juli 1982, Ü 3) zurückzunehmen, hat die chinesische Presse ihre Kampagne Anfang August weiter verschärft. In zahlreichen Zeugenaussagen und mit Fotomaterial wurden Einzelheiten japanischer Grausamkeiten in China dokumentiert (XNA, 4.8.82, XNA, 14.8.82), während gleichzeitig die RMRB eine Serie scharfer Leitartikel veröffentlichte. Die japanische Öffentlichkeit erfuhr in diesem Zusammenhang wohl erstmals in aller Deutlichkeit, daß japanische Sondereinheiten in China an Kriegsgefangenen Menschenversuche zur Entwicklung bakteriologischer Waffen vorgenommen haben und Prototypen solcher Waffen auch eingesetzt wurden (XNA, 14.8.82). In einer amerikanischen Veröffentlichung ist bereits enthüllt worden, daß der Kommandant der Sondereinheit nach dem Kriege straffrei blieb, weil er sein "Forschungsmaterial" und die "Ergebnisse" den amerikanischen Besatzungstruppen überließ; auch wurden im amerikanischen Fernsehen Einzelheiten über die berüchtigte "Sondereinheit 731" beschrieben (IHT, 20.11.76). In der amerikanischen Zeitschrift "Bulletin of the Atomic Scientists" veröffentlichte John W. Powell im Oktober 1981 eine detaillierte Studie über die "731" (IHT, 2.11.81; Financial Times, 25.10.81). Auf dem japanischen Buchmarkt erschien erst ein Jahr später eine vergleichbare Untersuchung, die sich auf eine Artikelserie in der kommunistischen "Akahata" (Rote Fahne) stützte. Grundlage dieser Darstellung über

die "731" war ein sowjetischer Kriegsverbrecherprozeß gegen einige Mitglieder der Sondereinheit (Südd.Ztg., 26.8.82).

In dieser Atmosphäre reisten zwei hohe japanische Beamte nach Beijing: Hashimoto Hiroshi (Generaldirektor der Abtlg. für Öffentlichkeitsarbeit und Kultur des Außenministeriums) und Osaki Hitoshi (Generaldirektor der Abteilung Wissenschaft und Internationale Beziehungen, Erziehungsministerium) (XNA, 8.8.82). Am 10. August trafen die beiden Beamten mit dem Leiter der 1. Asienabteilung im chinesischen Außenministerium, Xiao Xiangquian, zusammen; das erste Treffen wurde als "informeller Kontakt" bezeichnet (XNA, 11.8.82). Weitere Unterredungen wurden als "freundlich, aber ernsthaft und würdig (solemn)" beschrieben, was auf eine harte Haltung der Chinesen schließen ließ. Der ursprünglich auf drei Tage begrenzte Besuch wurde auch über den 12. und 13. August ausgedehnt (Kyodo, engl., 10.8.82 in SWB, 12.8.82). Nach den Gesprächen versicherten die beiden japanischen Beamten, man verstehe einander jetzt besser, jedoch bedeute besseres gegenseitiges Verständnis nicht, daß die Probleme entschärft seien (Kyodo, engl., 13.8.82 in SWB, 14.8.82).

Der Besuch wurde von scharfen Kommentaren in der Presse Chinas begleitet. Am 10. August erteilte die RMRB dem Versuch der japanischen Seite, ihre Haltung zu "erläutern" und um "Verständnis zu werben" eine kompromißlose Absage; die Behauptung, daß kein offizieller Einfluß auf Textinhalte der Schulbücher ausgeübt würde, sei "eine glatte Lüge" (RMRB, 10.8.82 in SWB, 12.8.82). Der chinesische Autor beschrieb dann das Zulassungsverfahren in allen Einzelheiten. Am 15. August veröffentlichte RMRB einen langen Artikel, in dem die Vorgeschichte sowie der gesamte Verlauf der japanischen Aggressionen beschrieben wurde. Wie auch in vorangegangenen Veröffentlichungen betonte der Schreiber den Unterschied zwischen dem japanischen Volk und den Militaristen, auch wolle China keinesfalls "alte Rechnungen begleichen", wenn es an die japanische Aggression erinnere (RMRB, 15.8.82 in SWB, 16.8.82). Das japanische Volk sei eindeutig gegen die Geschichtsfälschungen in den Textrevisionen, in einigen Kreisen aber gäbe es noch Militaristen, die nichts aus der Geschichte gelernt hätten. Sie wollten die "Groß-ostasiatische Wohlstandssphäre" wie-

derbeleben und suchten die japanische Jugend durch Geschichtsfälschungen darauf vorzubereiten. Nicht nur solche Verdrehungen und Beschönigungen in Schulbüchern, sondern auch neomilitaristische Filme wie "Das große japanische Reich" (Dai-Nippon teikoku, ein ausgesprochen chauvinistischer Film, der kürzlich angefallen ist) dienen diesem Zweck (ebd.). In dieselbe Kategorie fallen auch die jährlichen Zeremonien am Yasukuni-Schrein (Shinto-Heiligtum für Japans gefallene Soldaten), die geplanten Verfassungsänderungen (Abschaffung des Kriegsverzichtsartikels 9) und "der Versuch, offizielle Beziehungen mit Chinas Territorium Taiwan aufzunehmen" (ebd.). Eine Renaissance des Rechtsextremismus und Militarismus in Japan diagnostizierte auch die "Rote Fahne" (Hongqi): Reste der Militaristen bestehen auch weiterhin in Japan und die zahlreichen rechtsextremen Gruppen sind besorgniserregend. Japans Nachbarn halten die jetzige japanische Regierung nicht für die Aggressionen verantwortlich, aber sie haben ein Recht darauf, daß die Verantwortlichen in Japan erkennen, daß sie moralisch und politisch verpflichtet sind, den wachsenden Einfluß der Rechten einzudämmen (XNA, 15.8.82). Vor diesem Hintergrund hat die chinesische Öffentlichkeit auch mit besonderer Aufmerksamkeit registriert, daß der überaus einflußreiche, erzkonservative LDP-Politiker (LDP, die japanische Regierungspartei) Kishi Nobusuke plant, ein Denkmal zur Erinnerung an den ehemaligen japanischen Marionettenstaat "Manchukuo" zu errichten. Nachdem die RMRB schon am 15.8. daran erinnert hatte, daß die hingerichteten japanischen Kriegsverbrecher inzwischen auch im Yasukuni-Schrein eingeschreint wurden - und es starke Kräfte gibt, diesen Schrein zu einem Staatsheligtum zu machen - (XNA, 19.8.82) kritisierte die RMRB am 27.8. Kishis Plan, der einen feindlichen Akt gegen China darstelle (XNA, 28.8.82). "Das chinesische Volk kennt Kishi Nobusuke recht gut... Er hatte wichtige Regierungssämter in der Marionettenregierung von 'Manchukuo', der von Japans Militaristen gegründet worden war... Dieser Mann ist nach der Kapitulation Japans als Kriegsverbrecher Klasse A (Anm.: Hauptbelasteter, die meisten Angeklagten dieser Gruppe sind hingerichtet worden) vom Militärgerichtshof für den Fernen Osten verurteilt worden" (XNA, 1.9.82). Statt zu bereuen, wolle er ein Denkmal in der Präfektur Shizuoka errichten; wenn die japanische Regierung diesem

gegen das chinesische Volk gerichteten Treiben kein Ende setzt, wird die chinesisch-japanische Freundschaft unvermeidlich Schaden nehmen (ebd.).

Trost könnte das japanische Volk darin finden, daß die chinesische Presse unermüdlich betont, wie isoliert die "wenigen Beamten" sind, welche die Textrevisionen durchsetzen möchten; führende Politiker und Beamte, vor allem auch in der Führung der Regierungspartei, zeigten Einsicht, so die XNA (22.8.82). Andererseits warnte die Hongkonger Zeitung "Wen huei pao" Japans Spitzenpolitiker davor, auf Auslandsreisen zu gehen, bevor der Schulbuchkonflikt beigelegt ist. Die Zeitung, die den offiziellen Standpunkt der Regierung in Beijing vertritt, bezog sich auf den geplanten Besuch Suzukis in China sowie auf die bevorstehenden Reisen des Außenministers Sakurachi. "Freundschaftliche Besuche könnten sonst zu anti-japanischen Demonstrationen werden". (SWB, 26.8.82)

Am selben Tag noch gab der japanische Kabinettsprecher, Miyazawa Kiichi, eine offizielle Erklärung ab, deren zwei wichtigste Punkte lauteten: 1. Japan wird aufmerksam die Kritik aus den Nachbarstaaten beachten, und die japanische Regierung wird alles tun, um durch den Schulbuchkonflikt nicht die freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten zu gefährden, 2. das Zulassungsverfahren für Schulbücher wird künftig andere Kriterien bekommen und für schon zugelassene Bücher wird das Erziehungsministerium durch Interimsmaßnahmen die Kritik im Unterricht angemessen berücksichtigen (Kyodo, engl., 26.8.82 in SWB, 27.8.82).

Die chinesische Regierung wies die Erklärung Miyazawas unverzüglich zurück. Gegenüber dem japanischen Botschafter in Beijing, Katori, machte Vize-Außenminister Wu Xueqian folgendes deutlich: Die Erklärung ist weit davon entfernt, die chinesische Seite zufriedenzustellen, China betrachtet die Erklärung als enttäuschend. Die japanische Regierung begnügt sich mit vagen Zusagen, aufmerksam auf Kritik zu hören, hat aber keinen Katalog von klar umrissenen Maßnahmen vorgelegt; die chinesische Regierung beharrt darauf, daß Japan entschlossen Maßnahmen ergreift, um die Fehler des Erziehungsministeriums zu beheben und so zur weiteren Entwicklung der chinesisch-japanischen Freundschaft beizutragen (Radio Beijing, 28.8.82 in SWB, 31.8.82). Am

30.8. verdeutlichte die RMRB noch einmal die chinesische Position: Die Erklärung ist unannehmbar, weil sie keine konkreten Maßnahmen umreißt. Die Erklärung enthält kein Wort der Selbstkritik und keine Bereitschaft zuzugeben, daß der Krieg gegen China eine Aggression war. Statt dessen will die japanische Regierung offenbar auch weiterhin die kritisierten Schulbücher benutzen lassen. Schnelle und überzeugende Maßnahmen der japanischen Seite sind erforderlich; das chinesische Volk bedauert, daß der Schulbuchkonflikt sich so lange hinschleppt und noch immer nicht gelöst ist (RMRB, 30.8.82 in SWB, 31.8.82).

Der Konflikt hat auch offenbar in der japanischen Regierung zu einer Spaltung geführt, die Regierungschef Suzuki bisher nicht überwinden konnte. Der stellvertretende Erziehungsminister hat gegenüber Beamten des Außenministeriums deutlich gemacht, daß sein Ministerium nicht die Absicht habe, Schulbücher im Sinne der chinesischen und koreanischen Kritik zu ändern (Kyodo, engl., 5.8.82 in SWB, 6.8.82). Beide Ministerien stehen für die unterschiedlichen Positionen im japanischen Kabinett. Erziehungsminister Ogawa, früher Botschafter in Beijing, akzeptiert im Prinzip die chinesische Kritik (Kyodo, engl., 6.8.82 in SWB, 8.8.82), wie er gegenüber einem sozialistischen Unterhausabgeordneten versicherte - aber im japanischen System steht er "für sein Haus" und dort sind Spitzenbeamte offensichtlich entschlossen, keine Textänderungen vorzunehmen. Die bisherige Darstellung der japanischen Zeitgeschichte sei unter amerikanischem Druck entstanden, und es sei nicht mehr hinzunehmen, wenn das Wort "Invasion" etwa für den Krieg gegen China verwendet würde, denn das entspräche nicht den "Tatsachen", sondern sei bereits Interpretation - es sollten aber nur Fakten beschrieben werden (der Leiter der Schulbuchzulassungsabteilung im Erziehungsministerium, Kyodo, engl., 10.8.82 in SWB, 12.8.82).

Gegen die unnachgiebige Haltung der Kultusbürokratie versucht Außenminister Sakurachi eine Überarbeitung der Texte im Sinne der ausländischen Kritik zu erreichen, um der öffentlichen Meinung in China, aber auch in Japan selbst, Rechnung zu tragen (Sakurachi vor einem Oberhaus-Ausschuß, Radio Japan, dt., 10.8.82 in DW-MD, 11.8.82). Das japanische Kabinett, so der Außenminister später, würde zu einem Kompromiß zwischen den

beiden extremen Positionen kommen (Kyodo, engl., 22.8.82 in SWB, 24.8.82). Das letzte Wort dürfte bei Regierungschef Suzuki liegen, der um keinen Preis seine Reise nach China gefährden möchte. Aber Erziehungsminister Ogawa hat den Ministerpräsidenten namens seines Hauses bereits davor gewarnt, den chinesischen und koreanischen Forderungen zu weit nachzugeben; verantwortlich für die Schulbuchkontroverse sei allein das Erziehungsministerium, erklärte Ogawa unumwunden, Suzuki dürfe keinerlei Zusagen machen, die sein Ministerium dann nicht ausführen könne (Kyodo, engl., 25.8.82 in SWB, 26.8.82). Diese unnachgiebige Haltung unterstrich Ogawa noch einmal vor LDP-Mitgliedern (Kyodo, engl., 29.8.82 in SWB, 31.8.82) und auch Suzuki hob hervor, daß seine Regierung trotz der chinesischen Ablehnung nicht an eine Überarbeitung der o.g. Erklärung dächte (Kyodo, engl., 30.8.82 in SWB, 31.8.82). Es bleibt abzuwarten, ob der japanische Regierungschef unter diesen Umständen auch weiterhin im September in China "willkommen" ist, wie der chinesische Vizepremier Wan Li am 18. August noch gegenüber Mitgliedern einer Bunraku-Puppenspieltruppe betonte, denn als Voraussetzung nannte der chinesische Politiker eine Lösung des Schulbuchkonflikts (Kyodo, engl., 18.8.82 in SWB, 19.8.82).

-po-

INNENPOLITIK

(2)

7. Plenartagung des XI.ZK der KPCh

Nach einer sechstägigen Arbeitstagung trat das XI.ZK der KPCh am 6. August offiziell zu seiner 7. Plenartagung zusammen. Es beschloß, den XII. Nationalen Parteitag am 1. September 1982 zu eröffnen. Darüber hinaus verabschiedete das Zentralkomitee seinen Bericht für den kommenden Parteikongreß sowie den Entwurf eines neuen Parteistatuts. Beide Dokumente werden dem Parteitag zur Abstimmung vorgelegt werden. Schließlich verabschiedete das ZK zwei Grußadressen an das 90jährige Politbüromitglied Marschall Liu Bocheng und an das 82jährige ZK-Mitglied, Frau Cai Chang. Beide sind aus Altersgründen und wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage, am XII. Parteitag teilzunehmen und Führungsaufgaben innerhalb der KPCh zu übernehmen. Anlässlich ihres Ausscheidens aus dem po-